

■ Krise der Antikriegsbewegung

Appelle und Initiativen

Von Nico Popp

Eine sozialistische Partei, die etwas taugt, wird in einer Situation, in der bürgerliche Staaten Krieg führen, auf ein Minimalprogramm bedacht sein, mit dem sie die Zwecke der »eigenen« Regierung bloßstellt und politisch bekämpft – ohne Rücksicht darauf, dass man sie nach allen Regeln der Kunst denunzieren wird. Karl Liebknecht wurde von deutschen Nationalisten als englischer Agent beschimpft, der liberale US-Präsident Woodrow Wilson nannte Eugene Debs einen »Verräter«, russische Vaterlandsverteidiger – darunter »Linke«, die sich bemühten, den Eindruck zu erwecken, ihre Parteinarbeit für das Staatsprogramm entspringe marxistischer Einsicht – erfanden die bis in die Gegenwart gerne erzählte Geschichte, Lenin habe im Sold »der Deutschen« gestanden.

Linke Kritik an Kriegen hat sich »im eigenen Land« (Liebknecht) zu bewähren – andernfalls ist sie keine, sondern verklausalisierte Vaterlandsverteidigung. Es ist nun im Grunde nicht schwer, zu verstehen, dass die Zwecke des ukrainischen Nationalismus und der »westlichen« Einflusszonenarchitekturen sich decken. Eine linke Antikriegsbewegung in den NATO-Ländern, die – anders als in der Ukraine – vorläufig noch alle Möglichkeiten der legalen Betätigung vorfindet, hat die Aufgabe, diese Interessen, für die seit einem Jahr jeden Tag Menschen in einem entsetzlichen Krieg sterben, in Wort und Tat anzugreifen.

Fragt man nun, was etwa die Partei Die Linke auf diesem Feld leistet, dann ist zu konstatieren:

■ Waffe des Tages

Meinungsumfragen



Wenn Sie morgen wieder ein Frühstücksei bestellen würden, hätten Sie es dann gerne weicher oder härter als heute? Antworten auf Fragen wie diese mögen für die Kundenbindung nützlich sein, mit Politik haben sie nichts zu tun. Das ändert sich auch nicht, wenn man »ein Frühstücksei« durch »SPD« ersetzt und danach fragt, ob man dem Hochrüstungskanzler nun eine 1 mit Sternchen oder ein »Wiederwahl gefährdet« ins Zeugnis schreibt. Meinungsäußerungen dieser Art, auf die Umfragen zielen, spiegeln den Wissensstand von Individuen, die tagein, tagaus darauf geeicht werden, fromm dem Konsum zu frönen. Sie sind buchstäblich nichts wert – lassen aber die Kassen von Meinungsforschungsinstituten wie Yougov klingeln. Der britische

gar nichts. Die Bilanz der vergangenen Tage sieht so aus: Kooparteichef Martin Schirdewan hat dem ukrainischen Präsidenten, der »die Bürgerinnen und Bürger der EU in einer emotionalen Rede im Europaparlament auf den gemeinsamen Kampf gegen Russland eingeschworen« (dpa) hat, die Hand gedrückt; der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow hat sich am Mittwoch mit dem ukrainischen Botschafter Olexij Makejew getroffen, der sich über das »tolle« Gespräch freute; die Linkspartei lässt zu, dass sich die AfD, die die Politik der Bundesregierung gegenüber Kiew und Moskau auf einer nationalistischen Linie kritisiert, mit einer »Friedensinitiative« in Szene setzt, während es die Linke-Führung bislang lediglich fertiggelassen hat, Sympathie für den Vermittlungsvorstoß des brasilianischen Präsidenten zu bekunden – unter Missfallensbekundungen aus jenem Teil der Partei, der, mal aus Kalkül, mal aus Verblödung, seit einem Jahr den blau-gelben Ersatznationalismus des deutschen Linksliberalismus mitmacht.

In diese Erstarrung grätscht nun einmal mehr Sahra Wagenknecht mit einem »Manifest für Frieden«. Der Aufruf vom Freitag ist auf unmittelbare Breitenwirkung berechnet und auch deshalb kein Dokument linker Analyse und Programmik, zumal er als »Appell an unsere Regierung« daherkommt. Als Versuch, das Friedensthema nicht der AfD zu überlassen, ist er dennoch wertvoll. Man darf gespannt sein, wie Wagenknechts Partei damit umgeht.

Konzern (Wahlspruch: »Heimat der öffentlichen Meinung«) ist börsennotiert. Einer der Aktionäre ist der billionenschwere US-Vermögensverwalter Blackrock, Symbol mittelständischer Bescheidenheit – an dieser Stelle greife an CDU-Pascha Friedrich Merz.

Mit seinen Umfragen schließt Yougov eklatante Wissenslücken und verkündet Wahrheiten wie »Jeder zehnte Deutsche ist ein Modeponier« oder »Jeder zehnte Deutsche nutzt smarte Technologien im Garten«. Am Freitag nun war es vorbei mit dem Spaß: Laut repräsentativer Befragung wurde jeder zehnte Deutsche im Angriffsfall zum Kriegsdisente bereit, vermeldete dpa, die Yougov beauftragt hatte. Ist das viel oder wenig? Zumindest beklagt die Nachrichtenagentur ein weiteres Ergebnis: »Allerdings« würden sich »lediglich« fünf Prozent freiwillig zum Kriegsdienst melden. Da geht noch was. Hoffnungsträger ist einmal mehr die olivgrüne Partei: Deren Anhänger seien »etwas stärker geneigt«, sich bei dem genannten Angriffsszenario (es ging selbstredend um den Russen) freiwillig für die Verteidigung des kapitalistischen Vaterlands zu melden«, jW-Zwischenzeugnis: Weltfrieden akut gefährdet.

Jan Greve

»Bei der Berufswahl hat die Bundeswehr nicht mitzureden«

Internationaler Tag gegen Einsatz von Kindersoldaten: Protest gegen Rekrutierung von Minderjährigen in BRD. Ein Gespräch mit Joachim Schramm

Ein Bündnis von Friedensinitiativen fördert anlässlich des Red Hand Day – dem Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten – an diesem Sonntag, das Rekrutierungsalter für den hiesigen Militärdienst auf 18 Jahre anzuhetzen und Bundeswehr-Werbung bei Minderjährigen zu verbieten. Wie ist die Situation in der BRD?

Fast jeder zehnte neu eingestellte Soldat oder Soldatin in Deutschland war 2022 minderjährig. Dass die Bundeswehr mit ihrer Rekrutierungspraxis gegen die Vorgaben der UN-Kinderschutzkonvention verstößt, kritisiert nicht nur die Friedensbewegung, sondern auch der UN-Kinderrechteausschuss. Wir rufen zusammen mit der Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in NRW, Pax Christi Essen und dem Bund für Soziale Verteidigung für Montag ab 15 Uhr zur Mahnwache vor der Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in Düsseldorf auf.

Weshalb kreiden Sie diese Entwicklung den Grünen an?
Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung heißt es: »Ausbildung und Dienst an der Waffe bleiben volljährigen Soldatinnen und Soldaten vorbehalten.« Geschehen ist bislang aber nichts. Wir appellieren, hier endlich aktiv zu werden. In NRW sind die Grünen in Koalition mit der CDU für die hiesige Schulpolitik miterantwortlich: Seit 2008 ermöglicht eine Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und dem Bildungsministerium den Zugang von Militärs zu den Schulen.

Wie wirkt die Bundeswehr auf Jugendliche ein?
Wir kritisieren, dass das Militär überhaupt versucht, Jugendliche für das



Joachim Schramm ist Landesgeschäftsführer der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsgegnerInnen« (DFG-VK) in NRW

Soldatentum zu gewinnen. Mit dem Einsatz von Jugendoffizieren im Politik- und Sozialkundeunterricht übt die Bundeswehr politische Einflussnahme aus. Sie stellt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik einseitig ohne eine Gegenposition dar und versucht, so Sympathien zu schaffen. Sogenannte Karriereberater bei Jobbörsen, Berufs- oder Informationstagen instruieren mitunter ganze Schulklassen. Dabei hat das Militär bei der Entscheidungsfindung für die Berufswahl nicht mitzureden. Die Tätigkeit bei der Bundeswehr ist kein Job wie jeder andere. Dargestellt werden muss, dass – egal ob jemand bei der Bundeswehr Elektriker, Pfleger oder Bürokräft werden will – dort zunächst mit dem Dienst an der Waffe beginnt und das Töten von Menschen lernt. Das darf keinesfalls verharmlosend als technische Herausforderung oder Abenteuer dargestellt werden.

Die öffentlichen Debatten werden von Aufrüstungsbefürwortern dominiert. Ändert sich seit dem

Ukraine-Krieg die gesellschaftliche Positionierung zur Militarisierung grundlegend?

Beim Ausbruch des Krieges am 24. Februar 2022 gab es in der Bevölkerung stärkere Unterstützung von Waffenlieferungen, bei aktuelleren Umfragen wird das wieder kritischer gesehen. Weil deutlich wird, wie brutal dieser Krieg geführt wird, ist zu hoffen, dass die Begeisterung für Militär und Kriegführung weiter nachlässt.

Im Bundesverteidigungsministerium feierte man das kostenlose Bahnfahren in Uniform seit 1. Januar 2020 als Erfolg. Wie werten Sie das?

Das Ministerium beabsichtigt mit der Maßnahme, dass die Bundeswehr als Teil unserer Gesellschaft so besser sichtbar wird. Wir lehnen das genauso ab wie etwaige Landesveranstaltungen mit Volksfestcharakter, bei denen die Bundeswehr mit Panzern auftaucht. So soll die Akzeptanz von militärischen Konfliktlösungen verstärkt werden – finanziert von unseren Steuergeldern.

Der neue Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, SPD, bezeichnete jüngst die Aussetzung der Wehrpflicht als falsche Entscheidung. Kann die Friedensbewegung angesichts vielfältiger Anstrengungen, das Militär salonfähig zu machen, Zulauf erhalten?
Solange man wie Pistorius nur Versuchsbällons startet, ist die Gegenbewegung noch verhalten. Viele junge Leute sind beim Red Hand Day am Sonntag aktiv, weil es sie direkt betrifft. Auf andere Themen der Friedensbewegung lässt sich das leider nicht übertragen. Wir müssen also den Druck auf der Straße erhöhen.

Interview: Gitta Düperthal

■ Abgeschrieben

■ In einer Petition unter dem Titel »Manifest für Frieden« von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, veröffentlicht am Freitag und unterschrieben u. a. von Hajo Funke, Margot Käßmann und Romani Rose, heißt es:

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine. Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass »wir« einen »Krieg gegen Russland« führen. Im Ernst?

Präsident Selenskiy macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch

Kampffjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampffjets noch »Bodentruppen« senden. Doch wie viele »rote Linien« wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen

auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: »Schaden vom deutschen Volk wenden.«

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem dritten Weltkrieg näher.

■ <https://www.change.org/p/manifest-49c3396BCr-frieden>

Dossier

#keinMarxistillegal

Als einzige Tageszeitung wird die *junge Welt* durch den Verfassungsschutz überwacht

jungewelt.de/pressefreiheit